



Verantwortlich (i.S.d.P.)

Monika Fuhr
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Marc Wensierski
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

**Rede von Ministerpräsidentin Malu Dreyer
anlässlich der Gedenksitzung des Landtags**

**am Sonntag, dem 27. Januar 2013
in der Gedenkstätte KZ Osthofen**

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

dieser Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ist für mich ein Tag tiefer Betroffenheit. Die furchtbare Diktatur, der millionenfache Mord – all das kann einen nicht unberührt lassen. Und gerade hier, an einem der Orte des Leids, meint man auch nach 80 Jahren noch fast hautnah zu spüren, welche Schicksale sich

damals abgespielt haben, wie Menschen gedemütigt und gequält worden sind – weitab noch von den Vernichtungslagern.

Ja, es ist richtig, das an sich heranzulassen. Und genau so richtig war und ist es, Stätten der Erinnerung zu schaffen. Stätten des Gedenkens, die zeigen, was niemals mehr in Deutschland und nirgendwo sonst mehr in der Welt sein darf: Tyrannei als Herrschaftsmethode und Gewalt und Mord als Herrschaftsmittel.

Wir Deutsche tragen eine historische Verantwortung für die millionenfache Vernichtung von Juden, von Sinti und Roma, von Homosexuellen und Zeugen Jehovas und für die Ermordung der politischen Gegner des Nazi-Terrors. Diese Verantwortung tragen auch und gerade die Nachgeborenen. Und sie umfasst auch die Verantwortung dafür, dass wir in unserem Alltag für Demokratie und Menschenrechte eintreten und uns gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Minderheiten zur Wehr setzen.

Der 27. Januar ist deshalb auch ein Tag, an dem wir Rechenschaft ablegen müssen, ob wir dieser Verantwortung gerecht werden. Auschwitz hat hier in Osthofen, in Hinzert und in vielen ähnlichen Lagern begonnen. Wohin es führen kann, wenn Menschen diskriminiert, verfolgt und ausgegrenzt werden, hat Auschwitz gezeigt. Das ist die wichtigste Lehre, die wir aus der Zeit des Nationalsozialismus ziehen müssen und der historische Auftrag, den wir daraus abzuleiten haben.

Sehr geehrter Herr Professor Hassemer,

Sie haben in eindringlichen Worten beschrieben, wie die drei Freunde Ihren inhaftierten Vater besuchten und welche Erniedrigungen diese jungen Menschen dabei erfahren haben. Und noch ist nichts gesagt über das, was die Gefangenen hier erleben und erleiden mussten.

Die allermeisten der rund 3.000 Häftlinge waren politische Gefangene – unter ihnen waren aber auch Sinti und zahlreiche Juden. Und gerade die Juden wurden hier schon 1933 besonders menschenverachtend behandelt, schikaniert und seelisch

gefoltert. Man kann in der Rückschau darin den Keim sehen, was bis 1939 an Terror und Verbrechen im Innern folgen sollte. Und was sich im Krieg völlig ungehemmt in Massenverbrechen und Völkermord steigerte.

Es sind Gefangene wie Ihr Vater, sehr geehrter Herr Professor Hassemer, die dem Unrecht und dem Leid ein Gesicht geben. Erst 21 Jahre alt war er damals, als er ins Lager kam. Es sind Menschen wie der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Carlo Mierendorff, der hier inhaftiert war. Wie Karl Schreiber, 1934 Häftling hier im KZ, 1972 Gründungsvorsitzender der „Lagergemeinschaft Osthofen“. Wie Philipp Wahl. Er gehörte zu den Begründern der Lagergemeinschaft und war deren Vorsitzender bis zu seinem Tod im Juli 2009. Und wie Philipp Benz. Sein unermüdlicher Einsatz hat mit dazu geführt, dass das ehemalige KZ vor dem Abriss bewahrt wurde. Im November 2011 ist er annähernd 100-jährig gestorben. Sie stehen stellvertretend für alle, die hier oder anderswo unter der Nazityrannei zu leiden hatten.

Anna Seghers, die gebürtige Mainzerin, hat diesem Lager in ihrem Roman „Das siebte Kreuz“ ein literarisches Denkmal von Weltgeltung gesetzt. Die Geschichte über die Flucht des Georg Heisler und sechs weiterer Mitgefangener ist erdacht, und Seghers hat das Geschehen zudem ins Jahr 1937 und nach Westhofen verlegt. Nichtsdestoweniger: Ihre Beschreibung des Apparats von Unterdrückung und Tyrannei der Nazis ist beklemmend und sinnbildlich zugleich.

Aufklärung und Gedenken sind ein gesellschaftlicher und politischer Auftrag

Meine sehr geehrten Herren und Damen,
es ist wahr: Lange, allzu lange hat es gedauert, bis ein Gedenken in würdigem Rahmen an dieser Stätte des Leidens möglich war. Noch 1972 stießen erste Bemühungen der ehemaligen Häftlinge auf große Skepsis, gar Widerstand. Als „Nestbeschmutzer“ seien sie bezeichnet worden, so der bereits erwähnte Philipp Wahl. Erst sechs Jahre später konnte eine kleine Gedenktafel angebracht werden.

1991 schließlich hat das Land Rheinland-Pfalz das Areal erworben mit dem Ziel, hier eine Gedenkstätte einzurichten. Hier in Osthofen gab es seit 1996 eine erste provisorische Ausstellung. In den 15 Jahren seit der ersten Plenarsondersitzung in Osthofen hat sich die Gedenkarbeit dann Schritt für Schritt weiterentwickelt. Die Aufklärungsarbeit über den Nationalsozialismus und seine Folgen ist zwischenzeitlich aus der Erinnerungskultur unseres Landes nicht mehr wegzudenken. Dass diese Arbeit erfolgreich ist, dafür sind über 13.000 Besucher in der Gedenkstätte hier in Osthofen und über 11.000 in der Gedenkstätte SS-Sonderlager Hinzert im letzten Jahr eindeutige Belege. Das gilt auch für die immer weiter steigenden Zahlen der geführten Gruppen und der ganztägigen Seminare.

„Ein Besuch hier ersetzt zehn Stunden Geschichtsunterricht“ – so die beeindruckende Bilanz eines Lehrers nach einem Besuch in Osthofen. Jedes Jahr treffen sich Anfang Dezember 200 Jugendliche aus etwa 30 Schulen hier in der Gedenkstätte, um ihre Arbeit in den „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu koordinieren. Davon gibt es mittlerweile insgesamt 52.

Sie machen aus dem Ort, an dem Gegner der Diktatur so schrecklich leiden mussten, einen Platz, an dem man die Demokratie stärkt, sie verteidigt und Rassismus und Extremismus entgegentritt. Das ist ein Mut machendes Zeichen!

Das Land Rheinland-Pfalz hat entschieden, die beiden landeseigenen Gedenkstätten an die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung anzukoppeln. Politische Bildung, historische Aufklärungs- und Gedenkarbeit arbeiten hier Hand in Hand zwischen Mainz, Osthofen und Hinzert. Das Zusammenwirken ist zugleich eine gute Ausgangslage für die weitere Arbeit. In Zukunft wird es zunehmend um Fragen der Menschenrechtsbildung gehen. Und auch um das Schicksal behinderter und kranker Menschen in den Sterilisierungs- und Tötungsaktionen der sogenannten Euthanasie, um das Verfolgungs- und KZ-Schicksal der Homosexuellen. Auch sie sind elementarer Teil der Erinnerungskultur.

Sehr geehrte Herren und Damen,

Aufklärung und Gedenken fordern uns alle. Es ist eine Aufgabe für Politik und Gesellschaft. Deshalb ist die Gedenkarbeit angewiesen auf das Engagement vieler Bürger und Bürgerinnen. Erst die zahlreichen Fördervereine und Initiativen, die sich um Stätten der Erinnerung auf kommunaler oder regionaler Ebene kümmern, sorgen dafür, dass das Gedenken auch in der Fläche des Landes fest verankert ist.

Dafür ist ganz besonders der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz zu danken. Unter der Leitung des langjährigen Vorsitzenden des Fördervereins Gedenkstätte KZ Hinzert und heutigen Bürgerbeauftragten des Landes, Dieter Burgard, leistet die Arbeitsgemeinschaft einen unverzichtbaren Beitrag zur Gedenkarbeit.

Ich verweise auf zahlreichen Tagungen, umfangreiche Aktivitäten zum Thema „NS-Psychiatrie und Zwangssterilisation“, eine virtuelle Ausstellung in Form einer Homepage zum Widerstandskämpfer Hugo Salzmann aus Bad Kreuznach, die Vorbereitungen für die KZ-Gedenkstätte in Neustadt an der Weinstraße – alle diese erfolgreichen Projekte unterstreichen die inzwischen intensiv gewachsene und vernetzte Erinnerungskultur in unserem Land.

Mein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Landeszentrale für politische Bildung unter Leitung ihres Direktors Dr. Dieter Schiffmann sowie dem Leiter der Gedenkstätte Osthofen, Dr. Uwe Bader. Die Landeszentrale wirkt mit an der Ausbildung eines breiten demokratischen Bewusstseins in unserem Land. Das gelingt ihr durch eine außerordentlich engagierte und vielgestaltige Arbeit.

Deutschland ist eine wehrhafte Demokratie

Sehr geehrte Herren und Damen,

Gedenkarbeit ist nicht rückwärtsgewandt. Sie lenkt den Blick zwar auf die Vergangenheit, aber nur, um die Erkenntnisse daraus für die Gegenwart und Zukunft zu vermitteln. Gedenkarbeit ist so in besonderer Weise Präventionsarbeit für die

Demokratie, sie fördert die Völkerverständigung und das Zusammenwachsen Europas durch Vertrauensbildung. Das ist der Weg, den wir gehen wollen.

Mit großer Sorge hingegen beobachte ich die Aktivitäten rechtsextremer und fremdenfeindlicher Kreise in unserem Land. Zu welchem Fanatismus Neonazis und deren Anhänger fähig sind, haben wir bei den furchtbaren Terroranschlägen und Morden der NSU gesehen. Freiheit und Demokratie gehören zu unseren kostbarsten Errungenschaften. Hüten wir sie und gehen sorgsam und wachsam mit ihnen um. Es sind Werte, für die wir eintreten und die wir verteidigen müssen. Und wo immer die Freiheit der Menschen, die Freiheit des Geistes bedroht ist, muss unsere Demokratie wehrhaft sein. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist daher für die Landesregierung und mich persönlich eine herausragend wichtige Aufgabe.

Ich sage ganz klar: Wir lassen die Freiheit in unserem Land nicht durch Extreme bedrohen. Wer sich gegen unsere demokratische Grundordnung richtet, gegen die Freiheit und die Würde aller hier lebenden Menschen agiert, dem werden wir als Staat und Gesellschaft in aller Entschiedenheit und Konsequenz entgegentreten.

Die NPD stellt eine Gefahr für Gesellschaft und Demokratie dar. Diese Partei bekennt sich weiterhin zu ihrer rassistischen, antisemitischen und demokratiefeindlichen Weltanschauung. Sie weist deutliche Anklänge an den historischen Nationalsozialismus auf. Deshalb sage ich heute und hier: Ja, die Landesregierung steht für ein Verbot der NPD. Es ist gut begründet. Das hat zuletzt der Bundesrat in seinem Beschluss vom 14. Dezember 2012 bekräftigt. Wer gegen Menschen hetzt und Hass sät, der hat in unserer Gesellschaft keinen Platz.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Die weitaus meisten seiner Bürger und Bürgerinnen sind in dem Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie vereint.

Zu diesem Bekenntnis gehört, aus der Geschichte Lehren zu ziehen. Was im Namen unseres Volkes an Unrecht geschehen ist, darf sich niemals wiederholen. Dafür tragen wir, die heute Lebenden, die Verantwortung.

Wir sind es denen, derer wir heute gedenken, schuldig. Es geht dabei aber auch um uns selbst. Denn nur auf der Grundlage gelebter Verantwortung lässt sich eine Zukunft in Frieden und Freiheit aufbauen. Und das ist unsere Aufgabe.

„Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. (...) Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

So lauten zwei der Kernsätze der Proklamation vom 3. Januar 1996, mit der Bundespräsident Roman Herzog den heutigen Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus erhoben hat. Über das staatliche Gedenken hinaus hat sich in vielen Städten und Gemeinden eine lebendige Erinnerungskultur etabliert. Während wir hier zusammenkommen, finden zahlreiche Veranstaltungen im ganzen Land statt. Kirchen, Parteien, Vereine, Verfolgtenverbände, jüdische Gemeinden, Schulen – und viele Bürger und Bürgerinnen beteiligen sich daran. Das ist gelebte Verantwortung.

Ich danke allen, die sich heute und über das Jahr insgesamt hierfür engagieren. Stellvertretend nenne ich den 1. Vorsitzenden des „Fördervereins Projekt Osthofen“, Volker Gallé.

„Das letzte Fünkchen im Ofen verglühte. Wir ahnten, was für Nächte uns jetzt bevorstanden. Die nasse Herbstkälte drang durch die Decken, durch unsere Hemden, durch die Haut. Wir fühlten alle, wie tief und furchtbar die äußeren Mächte in den Menschen hineingreifen können, bis in sein Innerstes, aber wir fühlten auch, dass es im Innersten etwas gab, was unangreifbar war und unverletzbar.“

Mit diesen Worten endet Anna Seghers Roman „Das siebte Kreuz“.

Die Würde des Menschen, seine innere und seine äußere Freiheit zu gewährleisten und zu verteidigen – diese Maxime ist uns und allen Bürgern und Bürgerinnen unseres Landes Mahnung und Auftrag zugleich.

Für die Landesregierung verneige ich mich vor den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.